18. Juni 1970: Information des sowjetischen Botschafters in der BRD, S. K. Carapkin, über das Treffen mit dem Vorstand der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag*

Geheim. Ex. Nr. 1

Am 18. Juni fand in der Botschaftsresidenz ein Treffen mit dem Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion statt.

Bei diesem Treffen waren von westdeutscher Seite die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag, Hirsch, Schäfer und Junghans, sowie die Geschäftsführer der Fraktion, Wienand, Annemarie Renger und Schulte, anwesend.

Im Zuge des Gespräches wurden unterschiedliche Fragen über die gegenwärtige Lage in der BRD und die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen erörtert, von denen folgende Beachtung verdienen:

1. Über die innenpolitische Lage nach den unlängst abgehaltenen Landtagswahlen in drei Bundesländern der BRD. Die Gesprächspartner betonten, dass die Versuche der CDU/CSU-Opposition, während der letzten Bundestagssitzungen vor der parlamentarischen Sommerpause einen Angriff auf die Regierung zu organisieren und diese zu sprengen, keinen Erfolg hatten. Die CDU/CSU-Fraktion erachtete es für besser, ihre Resolution zu außenpolitischen Fragen vorerst nicht zur Abstimmung zu bringen. Die Korrekturvorschläge der Opposition am Entwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 1970 wären ebenfalls abgelehnt worden. In dritter Lesung über den von der Regierung vorgelegten Entwurf des Bundeshaushalts habe dieser zwei Stimmen mehr erhalten als in zweiter Lesung, und dies unter den Bedingungen einer heftigen Konfrontation zwischen Regierung und Opposition.

Nach Meinung der Gesprächspartner habe das offensichtliche Bestreben von CDU/CSU, die FDP-Fraktion im Bundestag zu spalten und deren rechte Abgeordnete auf ihre Seite zu ziehen, die Freien Demokraten aufhorchen lassen und sie in gewissem Maße dazu gebracht, sich der SPD, ihrem Partner in der Regierungskoalition, zuzuwenden.

Die Gesprächspartner merkten an, dass die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen für die Parteien der Regierungskoalition nicht so schlecht ausgefallen wären, wie dies die Opposition auf jede erdenkliche Art und Weise darzustellen versuche. Die SPD und die FDP hätten in den drei Bundesländern insgesamt mehr Stimmen erhalten als die CDU/CSU. Auch hätten in diesen Bundesländern diesmal sogar mehr Wähler für die SPD und die FDP gestimmt, als dies bei den Bundestagswahlen im September 1969 der Fall gewesen sei. Angesichts des Sieges der SPD bei den Wahlen in Niedersachsen und der in diesem Bundesland erfolgten Bildung einer sozialdemokratischen Einparteiregierung (anstelle der vorherigen SPD/CDU-Koalitionsregierung) werde sich die Lage für die Regierung Brandt im Bundesrat nunmehr stabiler darstellen. Die Vertreter Niedersachsens im Bundesrat seien nun nicht mehr gezwungen, die Meinung der niedersächsischen CDU zu berücksichtigen, wie dies bis jetzt, als es in Hannover die Regierung der „großen Koalition“ (SPD/CDU) gab, der Fall gewesen sei.

Die SPD-Führung ist der Meinung, dass einer der Hauptgründe für den Stimmenverlust in Nordrhein-Westfalen in der schlechten Wahlkampforganisation seitens der Sozialdemokraten lag. Es sei in Erwartung eines günstigen Wahlausgangs zu unangebrachter Selbstgefälligkeit und Selbstsicher-

---

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 574, S. 65–70. – Die Botschaft der UdSSR in der BRD, 29. Juni 1970, Nr. 131. Aus dem Diensttagebuch von S. K. Carapkin. Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 21715, 2. Juli 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU.“ Hs. vermerkt: „Information auf der Rückseite. 25-s/7.“ – Gesprächsteilnehmer: „Aus der Botschaft: die Botschaftsräte M. I. Boronin, A. Ja. Bogomolov und I. I. Zajcev, die ersten Sekretäre A. G. Popov, V. P. Terechov sowie die zweiten Sekretäre V. V. Tjutjunov und G. S. Šikin.“ Verteiler: „4 Ex.: 1 – Abteilung des ZK der KPdSU, 2 – Oberste Sowjet der UdSSR, Gen. I. V. Spiridonov, 3 – 3. E[uropäische] A[bteilung] des MfAA der UdSSR, 4 – zum Akt. 29. Juni 1970, mp. Nr. 283.“

heit gekommen. Die Opposition habe sich diesen Umstand zunutze gemacht und eine geschickte und effiziente Wahlkampagne geführt.

Der Opposition sei es in erheblichem Maße gelungen, die Arbeit der Regierungsparteien auf dem Gebiet der Außen- und Innenpolitik zu diskreditieren, indem man den tatsächlichen Sachverhalt verzerrt dargestellt habe. Es stehe außer Zweifel, dass die steigenden Preise in der BRD die Bevölkerung stark verunsichern.

Derzeit analysiere die SPD-Führung die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen und erarbeite erforderliche Maßnahmen zur Neutralisierung der Propaganda der Opposition.

Die Gesprächspartner bemerkten, dass sich die Lage der Regierung Brandt/Scheel im Land selbst ziemlich schwierig darstelle. Die Opposition von CDU/CSU würde zweifellos darauf spekulieren, gegen Ende des Jahres ein weiteres Mal den Versuch zu unternehmen, die Grundlage der Regierung zu zerstören. Sie rechne mit einer gewissen Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der BRD und der Notwendigkeit, konjunkturdämpfende Maßnahmen seitens der Regierung (Steuererhöhungen u. Ä.) zu ergreifen. In Kreisen der oppositionellen CDU/CSU hoffe man auf einen für die SPD und FDP ungünstigen Wahlausgang im November d. J. in Hessen und Bayern, was der Opposition einen neuen Impuls für ihre Forderung nach einer Ablösung der Regierung Brandt/Scheel geben würde. CDU und CSU erwarten, dass sich die Lage innerhalb der FDP gegen Herbst hin noch weiter zuspitzen würde, wodurch sich zusätzliche Möglichkeiten ergäben, einen Teil ihrer konservativ eingestellten Abgeordneten für CDU/CSU anzuwerben. Die Gesprächspartner betonten, dass das nächste große Kräftemessen zwischen Regierung und Opposition die Debatte im Bundestag zum Abkommen über den Gewaltverzicht mit der UdSSR sein werde, falls es denn zu dessen Unterzeichnung kommen sollte.

Die SPD-Führung erkenne die inneren Schwierigkeiten und unternehme die erforderlichen Gegenmaßnahmen, hoben die Gesprächspartner hervor.

2. Über die Verhandlungen zwischen der UdSSR und die BRD zur Frage des Gewaltverzichts. Der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion merkte an, dass die Regierung Brandt/Scheel die Verhandlungen mit der UdSSR über den Gewaltverzicht noch vor den Wahlen in Hessen und Bayern im November d. J. erfolgreich abzuschließen wünsche. Ihrer Meinung nach werde Scheel schon bald zu Verhandlungen nach Moskau reisen. Die Gesprächspartner teilten uns mit, dass der in Moskau erarbeitete Entwurf des Abkommens über den Gewaltverzicht eine gute Grundlage darstelle und keiner großen Änderungen bedürfe. Allerdings sei es notwendig, sich über andere Fragen zu einigen, die im vereinbarten Dokument keinen direkten Niederschlag gefunden hätten (Vorbehalte hinsichtlich des Rechts auf „Wiedervereinigung“, die Frage des UNO-Beitritts der BRD und der DDR, Garantien für Westberlin u. a.).

Die Gesprächspartner verwiesen mit besonderer Beharrlichkeit darauf, dass der Erzielung einer Übereinkunft über Westberlin eine entscheidende Bedeutung zukomme. Sie würden es verstehen, dass die Lösung der Westberlin-Frage in den Zuständigkeitsbereich der vier Mächte falle. Doch habe es für die BRD lebenswichtige Bedeutung, Westberlin vor allen Unwägbarkeiten zu bewahren. Die Gesprächspartner brachten ihre Sorge zum Ausdruck, dass – sollte sich im Zusammenhang mit dem Abkommen über den Gewaltverzicht keinerlei Hinweis auf die Beibehaltung des gegenwärtigen Status Westberlins finden – einige Bestimmungen dieses Abkommens zum Nachteil Westberlins ausgelegt werden könnten. So etwa erachte die DDR Westberlin als auf ihrem Staatsgebiet liegend und könnte im Zusammenhang damit einige Handlungen zu Ungunsten dieser Stadt unternehmen, indem sie als Vorwand einen beliebigen Faktor an „Präsenz“ der BRD in Westberlin heranzieht.

Anhand der Ausführungen der Gesprächspartner konnte man erkennen, dass die westdeutsche Seite auf einer Sicherstellung der Unantastbarkeit der Grenzen Westberlins und der diese Stadt mit der BRD verbindenden Verkehrswege sowie auf einer Anerkennung des gegenwärtigen Grades an „Präsenz“ der BRD in Westberlin beharren werde.

Unsererseits wurde die sowjetische Position zur Westberlin-Frage dargelegt.

Ziemlich aufgeregt erklärten die Gesprächspartner mehrfach, dass ohne die Herstellung von Klarheit in der Westberlin-Frage das politische Abkommen über den Gewaltverzicht mit der UdSSR nicht nur aufseiten der Opposition von CDU/CSU, sondern auch bei einem bedeutenden Teil der Mitglieder von SPD und FDP keine Unterstützung erhalten würde.

3. Über die grundlegenden Akzente der SPD/FDP-Regierung auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Die Gesprächspartner merkten an, dass die Freien Demokraten in Fragen der Sozialpolitik traditionell konservative Positionen vertreten, dennoch würde es SPD und FDP gelingen, auch auf diesem Gebiet diverse Überschneidungen und gleichlautende Ansichten zu finden. Im Sozialausschuss des Bundestages, in dem die CDU 16, die SPD 15 und die FDP 2 von insgesamt 33 Abgeordneten stellen, hätten die Koalitionspartner bei Abstimmungen zu „Tausenden Einzelfragen“ bislang noch keine Niederlage erlitten. Dies erreiche man faktisch dadurch, dass die SPD gezwungen sei, mit der FDP annehmbare Kompromisse einzugehen und die FDP zu begreifen beginne, dass sie in Fragen der Sozialpolitik nicht bloß die Rolle eines Bremsers spielen könne.

Die größte soziale Aufgabe, an deren Lösung SPD und FDP derzeit arbeiten, seien die Vorbereitungen für die Einführung einer allgemeinen Rentenversicherung in der BRD in den nächsten 1 - 2 Jahren. Gegenwärtig seien kleinere und mittlere Unternehmer, deren materielle Lage in vielen Fällen keine beneidenswerte sei, sowie auch ein erheblicher Teil der Angestellten von dieser Versicherung nicht erfasst. Man gehe davon aus, dass die Rentenversicherung von kleineren und mittleren Unternehmern sowie von Angestellten auf dem Prinzip einer „Selbstfinanzierung“ fußen werde, indem ein Teil der Einkünfte dieser Personengruppe in einen Versicherungsfonds einzuzahlen sein werden. Es sei nicht ausgeschlossen, dass auch der Staat einen Teil der Haushaltsmittel für diesen Versicherungsfonds aufbringen werde, obwohl die Sozialdemokraten anstelle staatlicher Subventionen lieber das System einer inneren Nivellierung der Renten selbstständiger Unternehmer anwenden möchten. Das würde bedeuten, dass die reicheren Unternehmer zu einem gewissen Teil die Renten weniger reicher[1] Personen ihres Berufsstandes finanzieren müssten.

Die Koalitionsparteien würden dieser Reform große Bedeutung beimessen und hoffen, dass sie der SPD und der FDP Sympathien bei der Bundestagswahl im Jahr 1973 einbringt.

Die zweite wichtige Stoßrichtung der Sozialpolitik der derzeitigen Regierung betreffe die „Bildung von Eigentum in den Händen der Erwerbstätigen“. Der Sinn dieser bereits umfassend in die Praxis implementierten Reform (von der einzig im Rahmen des Berufsstandes der Metaller der BRD vier Millionen Menschen betroffen seien) liege darin, die Arbeiter und Angestellten wirtschaftlich unabhängiger zu machen und ihnen – basierend auf durch das Gesetz „Über die Bildung von Eigentum“ geförderten Sparanreizen – die Möglichkeit zu bieten, selbstständiger Lebensentscheidungen zu treffen, den Beruf, das Metier u. a. wechseln zu können. Der Staat unterstütze die „Bildung von Eigentum“ nicht nur dadurch, indem er die von den Unternehmern für dieses Ziel bereitgestellten Mittel (bis zu 624 DM pro Arbeiter und Angestellten jährlich) von der Steuer befreie, sondern auch mittels der Bereitstellung von Prämien in Höhe von 35 Prozent für jeden im Verlaufe von zumindest 6 Jahren angesparten Geldbetrages.

Die Gesprächspartner erläuterten, dass der Preisanstieg im Land und die versteckte Inflation die Bedeutung des Sparens natürlich ein wenig verringern würden. Gleichzeitig damit gelte es im Auge zu behalten, dass die Banken gegenwärtig nur äußerst geringe Zinsen auf Spareinlagen von 6 bis 7 Prozent gewährten, also um 3 bis 4 Prozent über dem realen Preisanstieg.

4. Entsprechend der Weisung habe ich die Führung der SPD-Bundestagsfraktion und dabei insbesondere Hirsch darüber informiert, dass der Gedanke über die Bildung einer parlamentarischen Bundestagsgruppe für Beziehungen mit der UdSSR auf sowjetischer Seite auf Interesse stoße und man dieses Thema nach der Sommerpause erneut aufgreifen könne.

Hirsch und auch Renger brachten ihr Bedauern zum Ausdruck, dass der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Apel, am 15. Juni nicht in die UdSSR reisen konnte, wo er erste Kontakte

---

[1] Im russischen Original irrtümlich: weniger selbständiger.

mit sowjetischen Parlamentariern herstellen hätte sollen. Sie sagten, dass ihre Fraktion weiterhin für eine Herstellung von Beziehungen mit der UdSSR auf parlamentarischer Ebene eintrete. Ihrer Meinung nach könne man nach der Sommerpause erneut diese Frage aufgreifen. Es sei beabsichtigt, dass Apel gemeinsam mit einem oder zwei SPD-Abgeordneten zwecks eines Treffens mit Abgeordneten des Obersten Sowjets nach Moskau reise. Eine solche Reise wolle die SPD unabhängig von der diesbezüglichen Einstellung der CDU/CSU unternehmen. Die Fraktion der Sozialdemokraten werde sämtliche Kosten dieser Reise tragen. Das Einzige, worum sie bitten würde, wäre die Bestätigung der Möglichkeit eines Treffens von Bundestagsabgeordneten der SPD mit Abgeordneten des Obersten Sowjets der UdSSR.

Das Treffen verlief in einer ungezwungenen und sachlichen Atmosphäre.

Der Botschafter der UdSSR in der BRD

S. Carapkin[2]

[2] Hs. unterzeichnet.